Stephan Bauer

Kapuzinerstr. 47

94032 Passau

An die

Stadt Passau

Antrag:

Ich beantrage, die derzeitig in Passau geltende Sperrzeitregelung bis Ende 2013 nicht zu ändern.

Einhergehend mit folgenden begleitenden Maßnahmen:

Rigorose Verhängung von individuellen Sperrzeitverlängerungen für problematische Lokale

Stadtweites Lokalverbot und Platzverweise für „Krawallmacher“

Saisonale Quartiersgespräche mit Anwohnern, Wirten, Stadt und Polizei

Erhöhte Polizeipräsenz

Privater Sicherheitsdienst der Gastwirte

Begründung:

Die beantragten Änderungen der Sperrzeitregelung werden die Situation im Nachtleben nicht verbessern können. Probleme werden in den öffentlichen Raum und in Privaträume verlagert werden. Störungen der Nachtruhe werden also zunehmen anstatt abzunehmen.

Viele Gastwirte versuchen Störungen zu vermindern mit dem Einbau von Schallschleusen, dichten Fenstern, Türstehern, die Türen schließen und Gäste vor der Tür zur Ruhe mahnen. Es wäre ungerecht, diese in Sippenhaft zu nehmen. Statt dessen sollten alle Möglichkeiten der Verwaltung ausgeschöpft werden um „Schwarze Schafe“ unter den Gastwirten rigoros mit einer verlängerten Sperrzeit zu belegen. Daß dies möglich ist, zeigen Beispiele aus der Alt- und Innstadt. Sollten also vermeidbare Störungen (offene Fenster und/oder Türen, zu laute Musik, nicht schallisolierte Fenster/Türen/Abluftanlagen, Getränkekonsum vor der Tür usw.) nicht abgestellt werden, soll eine individuelle Sperrzeitverlängerung von 1 Uhr für das betroffene Lokal für sechs Wochen und im Wiederholungsfall für ein Jahr verhängt werden.

Für Krawallmacher unter den Gästen, die durch Gewalt, Vandalismus oder Ruhestörung im Lokal oder öffentlichen Raum am Abend oder nachts auffallen wird ein stadtweites einjähriges Lokalverbot verhängt. In einigen Städten funktioniert dieses Modell gut und wirkungsvoll.

Somit werden nicht tausende Nachtschwärmer und alle Gastwirte mit einer Sperrzeit bestraft, sondern die tatsächlichen Übeltäter. Dagegen wird eine verlängerte Sperrzeit mit Ausnahmeregelungen als willkürlich und ungerecht empfunden und wird eventuellen Klagen wahrscheinlich nicht standhalten können.

Eine erhöhte Polizeipräsenz in Gebieten mit erhöhter Nachtaktivität ist unabdingbar. Die neuen Stellen sollen auch im Nachtleben für positive Effekte sorgen.

Gastwirte stellen freiwillig einen Sicherheitsdienst. Dieser könnte bereits in den nächsten zwei Wochen starten.

Zur weiteren Befriedung, Lösung von Problemen und besserem Verständnis der Gegenseite sollen saisonale Quartiersgespräche (Sommer und Winter) mit Anwohnern, Wirten, Polizei und Stadt eingeführt werden. Hier können beide Seiten zusammen sachlich nach Lösungen und Kompromissen suchen, die ohne Gespräche nicht möglich wären. Die Erfahrungen nach der Veranstaltung der JU in der Innstadt waren sehr positiv und trugen zu besserem gegenseitigem Verständnis bei. Unter anderem wurden Probleme erkannt, die zwar der Gastronomie zugeschrieben wurden, aber von dieser gar nicht verursacht worden sind.

Mißverständnisse konnten ausgeräumt und auch vorhandene Probleme gelöst werden. Seitdem hat sich die Situation wesentlich verbessert und Beschwerden massiv zurückgegangen.

Nach der ersten Ablehnung des ödp-Antrags im Ordungsausschuß wurde den Wirten keine Zeit gegeben, um zusätzliche Maßnahmen zur Lärmverringerung einzuleiten. Diese Möglichkeit sollte aber auf jeden Fall eingeräumt werden. Da die oben beschriebenen Lösungsansätze nicht sofort greifen und auch vergleichbar überprüft werden müssen, beantrage ich halbjährliche Berichte im Ordnungsausschuß bis Ende 2013. Somit bekommt die geltende Sperrzeitregelung eine allerletzte Chance auf Bewährung.

Schöne Grüße

Stephan Bauer

Stadtrat B90/Grüne

Passau, den 20.7.2012